

# City News

Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Polen, Serbien, Slowenien,  
Tschechien, Ungarn

29. Januar bis 1. Februar 2019





## Inhaltsverzeichnis

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina.....	5
Sarajevo: Mobile Eisfläche für das "Europäische Olympische Jugendfestival" fertiggestellt.....	5
Bosnien-Herzegowina: Über 11.000 Personen sterben jedes Jahr an den Folgen des Rauchens .....	5
Bosnien-Herzegowina auf Platz 56 beim "Global Peace Index" .....	6
Sofia/Bulgarien.....	7
Österreichisches Unternehmen investiert in Sofia .....	7
Weltbank eröffnet neues Servicecenter in Sofia .....	7
Sofia: Stadtbudget beschlossen .....	8
Zagreb/Kroatien .....	9
Zagreb erhöht Müllgebühren.....	9
Zagreb: Satelliteninternet für Krisensituationen .....	9
Zagreb: WHO eröffnet Zentrum für Augenklinik.....	9
Krakau/Polen .....	11
Krakau: Ukrainische Meldungen in den öffentlichen Verkehrsmitteln.....	11
Krakau: Städtische Kampagne gegen Hassrede .....	11
Gemeinsamer Bericht zur Luftqualität in 15 europäischen Ländern .....	12
Belgrad/Serbien .....	13
US-Technologieunternehmen kündigt Bau eines neuen Campus in Belgrad an .....	13
Serbien: Sanierung von Schiffschleuse an der Donau vereinbart.....	13
Belgrad: Errichtung von 1.000 weiteren Überwachungskameras geplant .....	13
Belgrader Stadtteil wird zum Kulturdenkmal erklärt .....	14
Belgrad: Zugverkehr in Richtung Norden aufgrund von Sanierungsarbeiten eingestellt.....	14
Ljubljana/Slowenien .....	15
Slowenien: Neuer Ombudsmann für Menschenrechte angelobt .....	15
Slowenische Regierung beschließt größeres Budget für Grenzschutz.....	15

Slowenische Maut-Vignette in rosa Farbe .....	15
EU-Kommission verklagt Slowenien .....	16
Prag/Tschechien .....	17
Prag will mehr Kunst im öffentlichen Raum .....	17
Plan für Ausbau neuer Gemeindewohnungen .....	17
"Airbnb" wird Ortstaxe für Prag einheben .....	17
Prag wird grüner .....	18
Beamtenviertel: Gespräche zwischen Babiš und Hřib .....	18
Budapest/Ungarn .....	19
"Audi" einigt sich mit ungarischen Arbeitskräften .....	19
Budapester Fernwärmenetz: 2.000 neue VerbraucherInnen .....	19
Korruption: Ungarn auf Platz 3 .....	20

## City News

### Sarajevo/Bosnien-Herzegowina

#### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

##### **Sarajevo: Mobile Eisfläche für das "Europäische Olympische Jugendfestival" fertiggestellt**

Am Donnerstag, dem 31. Jänner 2019, wurde in der Sporthalle des Event- und Messezentrums "Skenderija" in Sarajevo eine 1.800 Quadratmeter große mobile Eisfläche präsentiert. Die Kosten der Eisfläche, die zur künftigen Abhaltung des "Europäischen Olympischen Jugendfestivals" (EYOF) errichtet wurde, beliefen sich auf 1 Million Konvertible Mark (circa 511.000 Euro). Die dazu benötigten Mittel wurden von der Regierung und dem Parlament des Kantons Sarajevo zur Verfügung gestellt. Amer Kapo, Direktor des Kultur- und Sportzentrums und Mitglied der "Union für eine bessere Zukunft" (SBB), gab bekannt, dass diese nach Abhaltung des Jugendfestivals den BürgerInnen Sarajevos auch weiterhin zur Verfügung stehen wird.

Dnevni avaz, Sarajevo, 1. Februar 2019

#### **GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport**

##### **Bosnien-Herzegowina: Über 11.000 Personen sterben jedes Jahr an den Folgen des Rauchens**

In vielen Ländern wird am 31. Jänner 2019, dem Weltnichtrauchertag, verstärkt auf die Gefahren des Rauchens aufmerksam gemacht. Bosnien-Herzegowina zählt zu den 20 Ländern mit dem weltweit höchsten Zigarettenkonsum und laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben im Land jährlich über 11.000 Personen an den Folgen des Rauchens. ExpertInnen warnen aber auch vor den damit verbundenen Kosten für den Gesundheitssektor, die auf jährlich 900 Millionen Konvertible Mark (circa 460 Millionen Euro) geschätzt werden.

Dnevni avaz, Sarajevo, 1. Februar 2019

## **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

### **Bosnien-Herzegowina auf Platz 56 beim "Global Peace Index"**

Das US-Finanzmagazin "Global Finance" hat sein jährliches Ranking der sichersten Länder der Welt, den "Global Peace Index", veröffentlicht. Demnach nimmt Bosnien-Herzegowina den 56. Platz ein. Nach Meinung von SicherheitsexpertInnen stellt die potenzielle Eskalation der Migrationskrise eine der möglichen Bedrohungen für die Sicherheit des Landes dar. Der Sicherheitsexperte Dragan Jovičić betont, dass die Hauptprobleme des Sicherheitssystems in Bosnien-Herzegowina, neben der inadäquaten Größe, zu vielen Kosten und mangelnde Funktionalität sowie Verfassungswidrigkeit sind. Außerdem fehlt es an Kommunikation zwischen den innerstaatlichen Sicherheitsstrukturen.  
Nezavisne novine, Banja Luka, 1. Februar 2019

## **Sofia/Bulgarien**

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **Österreichisches Unternehmen investiert in Sofia**

Die österreichische Immobilienfirma "Soravia Real Estate Development" hat von der bulgarischen "First Investment Bank" (Fibank) 40 Prozent vom Gelände des einstigen metallverarbeitenden Unternehmens "Kremikovzi" erworben. Der Geschäftsführer der "Fibank", Nedeltscho Nedeltshev, gab bekannt, dass die "Soravia" für circa 300 Hektar insgesamt 39 Millionen Euro bezahlt habe. "Soravia" habe die Aktiva gekauft, um der Suche ihrer Kundinnen und Kunden nach Grundstücken in Sofia, auf denen neue moderne, hochtechnologische und umweltfreundliche Produktionen starten können, gerecht zu werden, fügte Nedeltshev hinzu. Eine geschlossene Industriezone mit einem leeren Gelände dieser Größe und in unmittelbarer Nähe zu einer Millionenstadt ist etwas Einzigartiges in der EU. Dank der bereits existierenden industriellen Infrastruktur, den ausgezeichneten Verkehrsverbindungen und der großzügigen Fläche ist das Gelände attraktiv für großangelegte Projekte, Produktions- und Logistikunternehmen.

Capital.bg, Sofia, 31. Januar 2019

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **Weltbank eröffnet neues Servicecenter in Sofia**

Das neue globale Servicecenter der Weltbank sei technologisch ausgerichtet und werde sich im Sofia Tech Park niederlassen, erklärte Ilija Krastev von der "Bulgarischen Outsourcing Assoziation". Ein Jahr lang befand sich Bulgarien in Konkurrenz mit Kroatien und Serbien um die Niederlassung. Das hohe Niveau des bulgarischen IT-Sektors, die gut ausgebildeten Arbeitskräfte sowie das gut entwickelte Geschäftsumfeld seien die wichtigsten Gründe für die Wahl. Das neue Büro der Weltbank soll bis Ende 2019 seine Arbeit aufnehmen.

Capital.bg, Sofia, 29. Januar 2019

## **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

### **Sofia: Stadtbudget beschlossen**

Am 31. Jänner 2019 wurde das Stadtbudget 2019 mit 40 Stimmen dafür und 18 dagegen beschlossen. Die Budgeteinnahmen und -ausgaben der bulgarischen Hauptstadt belaufen sich heuer auf 1,75 Milliarden Bulgarische Lewa (894,7 Millionen Euro). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg von 12 Prozent. Es handelt sich um das höchste Budget der Stadt in ihrer jüngsten Geschichte. Allerdings stammt ein wesentlicher Anteil der Finanzmittel, insgesamt 305 Millionen Bulgarische Lewa (155,9 Millionen Euro), aus europäischen Programmen. Sie werden vor allem in den Ausbau der dritten U-Bahnlinie sowie in Straßensanierungen im Zentrum der Stadt investiert werden. Insgesamt 478 Millionen Bulgarische Lewa (244 Millionen Euro) kommen aus dem Staatsbudget und 724 Millionen Bulgarische Lewa (370 Millionen Euro) sind eigene Einnahmen. News.bg, Sofia, 31. Januar 2019



## **Zagreb/Kroatien**

### **GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke**

#### **Zagreb erhöht Müllgebühren**

Die Stadt Zagreb erhöht die Müllgebühr. Dies wurde nun offiziell durch Bürgermeister Bandić (BM365, Arbeits- und Solidaritätspartei) bestätigt, nachdem darüber vor einigen Wochen in den Medien spekuliert worden ist. Er betonte, dass die Preise in den nächsten Monaten nach oben korrigiert werden, einen genauen Zeitpunkt gab er jedoch nicht an. Wie viel die Preiserhöhung betragen wird und wieso es dazu kommen muss, ist unbekannt. Es herrscht ein gewisses Unverständnis bezüglich der geplanten Erhöhung, da die Stadt für die Beschaffung neuer Ausrüstung finanzielle Mittel aus einem europäischen Fonds beziehen konnte.

Poslovni.hr, Zagreb, 31. Januar 2019

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **Zagreb: Satelliteninternet für Krisensituationen**

Der Leiter des Zagreber Amtes für Krisensituationen, Pavle Kalinić, gab bekannt, dass die erste Phase des Projektes "Satelliteninternet – Backup für Krisensituationen" abgeschlossen wurde. Im ersten Schritt wurden Feuerwehrehäuser, das öffentliche Verkehrsunternehmen ZET, Notdienste und Krankenhäuser wie auch die Zagreber Stadtwerke mit Satelliteninternet verbunden. Dies soll die Kommunikation in Krisensituationen und bei Netzwerkausfällen ermöglichen. Die Investitionen für die erste Phase betragen 140.000 kroatische Kuna (circa 18.900 Euro). In der zweiten Phase sollen weitere Einrichtungen an das Netz angeschlossen werden. Man rechnet mit vergleichbaren Kosten.

Vecernji.hr, Zagreb, 31. Januar 2019

### **GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport**

#### **Zagreb: WHO eröffnet Zentrum für Augenklinik**

Die Zagreber Augenklinik "Sveti Duh" wurde zum Kooperationszentrum der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Im neuen Gebäude, an dessen Bau die Stadt Zagreb mit 21,5 Millionen kroatischen Kuna (circa 2,9 Millionen Euro) beteiligt war, werden fünf Kliniken untergebracht. Das neue Kooperationszentrum wird den

Austausch zwischen Expertinnen und Experten der WHO und der Zagreber Augenklinik fördern. Für die WHO war das Projekt der Zagreber Augenklinik zur Früherkennung von Sehschwäche bei vierjährigen Kindern von besonderem Interesse bei der Auswahl des Kooperationspartners.  
HRT, Zagreb, 29. Januar 2019

## **Krakau/Polen**

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **Krakau: Ukrainische Meldungen in den öffentlichen Verkehrsmitteln**

Bereits mehr als 8.000 Ukrainerinnen und Ukrainer haben ihren Hauptwohnsitz in Krakau. Den Schätzungen nach sollen sogar zehnmal mehr Menschen mit ukrainischer Herkunft in Krakau leben, studieren und arbeiten. Zahlreiche Krakauer Kultureinrichtungen haben ihr Angebot bereits an das ukrainische Publikum angepasst. Beispielsweise gibt es Film- und Theatervorführungen mit ukrainischen Untertiteln oder Ausstellungsführungen in ukrainischer Sprache. Die Krakauer Gemeinderätin Nina Gabryś (.N - Modernes Polen) schlug während der letzten Gemeinderatssitzung die Einführung von ukrainischen Meldungen auf Informationstafeln in öffentlichen Verkehrsmitteln in Krakau nach dem Warschauer Vorbild vor. Der Krakauer Magistrat zeigt Interesse an diesem Vorschlag.

Gazeta Wyborcza - Kraków, Krakau, 31. Januar 2019

### **GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal**

#### **Krakau: Städtische Kampagne gegen Hassrede**

Am Montag, dem 4. Februar 2019, startet in Krakau eine städtische Kampagne gegen Hassrede, genannt "Woche des guten Wortes". Diese Kampagne wurde vom Krakauer Bürgermeister, Jacek Majchrowski (parteilos), in Zusammenhang mit der Ermordung des Danziger Bürgermeisters, Paweł Adamowicz (parteilos), und der danach in Polen aufgekommenen öffentlichen Debatte über Hassreden ausgerufen. 300 Krakauer LehrerInnen nahmen bereits an speziellen Schulungen teil. An dieser Kampagne sollen sich die Krakauer SchülerInnen aktiv beteiligen. Geplant sind unter anderem Workshops, während denen die jungen Menschen für Hassrede sensibilisiert und aufgeklärt werden sollen, wie sie dagegen vorgehen können. Darüber hinaus soll ein Wandgemälde entstehen.

Radio Kraków, Krakau, 30. Januar 2019

## **GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke**

### **Gemeinsamer Bericht zur Luftqualität in 15 europäischen Ländern**

Am Donnerstag, dem 31. Jänner 2019, wurde ein gemeinsamer Bericht zur Luftqualität, "Joint report on air quality", veröffentlicht. Die Obersten Rechnungskontrollbehörden der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union prüften die Maßnahmen im Kampf gegen die Luftverschmutzung. Polen gehört immerhin zu den Ländern mit den größten Problemen mit der Luftqualität. Mehr als 46.000 Menschen sterben in Polen vorzeitig an durch Luftverschmutzung bedingten Krankheiten. ExpertInnen zufolge sollen in Polen unter anderem die Feinstaub-Grenzwerte gesenkt werden. Der Tagesgrenzwert beträgt in Polen 300 Mikrogramm pro Kubikmeter, während diese Zahl in der Slowakei bei 150, in Ungarn oder in der Schweiz bei 100 Mikrogramm liegt.  
Gazeta Wyborcza - Kraków, Krakau, 31. Januar 2019

## **Belgrad/Serbien**

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **US-Technologieunternehmen kündigt Bau eines neuen Campus in Belgrad an**

Eines der Hauptziele des USA-Besuches von Ana Brnabić (parteilos), der serbischen Ministerpräsidentin, Ende Jänner 2019 war es vor allem Investitionen nach Serbien zu locken. Im Rahmen dessen bestätigte das US-Technologieunternehmen NCR, das in Serbien bereits tätig ist, den Bau eines neuen Campus im Belgrader Stadtteil Novi Beograd. Der Wert dieser Investition soll sich auf einen Wert von 90 Millionen US-Dollar belaufen und soll insgesamt 4.200 Arbeitsplätze schaffen. Der Campus soll zum NCR-Regionalzentrum für Südosteuropa werden.

Večernje novosti, Belgrad, 30. Januar 2019

### **GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung**

#### **Serbien: Sanierung von Schiffsschleuse an der Donau vereinbart**

Das serbische Ministerium für Bau-, Verkehr und Infrastruktur und die deutsche Firma DSD NOELL schlossen Ende Jänner 2019 den Vertrag zur Sanierung der Schiffsschleuse "Đerdap 1" ab. Die Kosten zur Sanierung der Schleuse im gleichnamigen Wasserkraftwerk entlang der Donau werden sich auf 28,5 Millionen Euro belaufen. Davon werden 11,4 Millionen Euro von der Europäischen Union (EU) im Rahmen von Fördermitteln zur Verfügung gestellt. DSD NOELL hat die Schleuse auf rumänischer Seite des Wasserkraftwerks erst kürzlich saniert.

Danas, Belgrad, 31. Januar 2019

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **Belgrad: Errichtung von 1.000 weiteren Überwachungskameras geplant**

Ende Jänner 2019 gab Serbiens Innenminister Nebojša Stefanović von der "Serbischen Fortschrittspartei" (SNS) bekannt, dass über den Zeitraum der

nächsten zwei Jahre 1.000 weitere Überwachungskameras aufgestellt werden. Die Kameras werden im Rahmen der Aktion "Sichere Stadt" an annähernd 800 Stellen in der ganzen Stadt montiert werden. Damit sollen alle wichtigen Straßen und Plätze in der Stadt abgedeckt werden mit dem Ziel die Sicherheit für BürgerInnen zu erhöhen und eine schnellere Fahndung von Tätern zu ermöglichen. Laut Stefanović werden die Überwachungskameras mit neuester Software zur Erkennung von Gesichtern und Autokennzeichen ausgestattet sein.

Blic, Belgrad, 31. Januar 2019

## **GGr. für Kultur und Wissenschaft**

### **Belgrader Stadtteil wird zum Kulturdenkmal erklärt**

Der Belgrader Stadtteil Cerak vinogradi im südlichen Bezirk Čukarica wurde auf Vorschlag des städtischen Amtes für Denkmalschutz Ende Jänner 2019 zu einem Kulturdenkmal erklärt. Es ist das erste Mal, dass einem Stadtteil in Serbien ein solcher Status anerkannt wurde. Für AnrainerInnen bedeutet das vor allem erhöhte Schutzmaßnahmen gegen illegale Bauaktivitäten. Cerak vinogradi wurde im Zeitraum von 1978 bis 1985 im Rahmen eines Projekts dreier serbischer ArchitektInnen errichtet. Das Amt für Denkmalschutz begründete die Entscheidung vor allem damit, dass der Stadtteil in ganz Belgrad als einzigartiges Bauvorhaben gilt, welches die Verschmelzung von Umwelt und Architektur einfängt.

Večernje novosti, Belgrad, 31. Januar 2019

## **GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung**

### **Belgrad: Zugverkehr in Richtung Norden aufgrund von Sanierungsarbeiten eingestellt**

Die Serbische Bahngesellschaft "Železnice Srbije" (ŽS) gab bekannt, dass ab dem 1. Februar 2019 alle Zugverbindungen von Belgrad in nördlicher Richtung aufgrund von Sanierungsarbeiten temporär eingestellt werden. Demzufolge fallen alle Schnell- und Fernzüge von Belgrad nach Novi Sad, Subotica, Budapest und Wien aus. Alternative Bahnverbindungen gibt es keine. Die Serbische Bahn hat nicht mitgeteilt wie lange der Zugverkehr eingestellt wird.

Politika, Belgrad, 30. Januar 2019

## **Ljubljana/Slowenien**

### **GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal**

#### **Slowenien: Neuer Ombudsmann für Menschenrechte angelobt**

Peter Svetina wurde im Parlament fast einstimmig als neuer Ombudsmann für Menschenrechte angelobt. 89 Abgeordnete von 90 stimmten für ihn, eine solche Unterstützung seitens des Parlaments hat bisher niemand erfahren. Svetina ist ausgebildeter Sozialpädagoge, der sich mit der Aus- und Weiterbildung von Behinderten beschäftigt hat. Sein Fokus lag insbesondere auf ländlichen Gebieten, da es dort für Menschen mit Behinderungen noch schwieriger ist, Fuß zu fassen. Er ist Mitgründer der Organisation "Grund", die ein Ausbildungszentrum auf einem Bauernhof betreibt. Menschen mit Behinderungen werden dort ausgebildet, um beim Leben am Land aktiv mitwirken zu können. Svetina möchte auch in seiner neuen Rolle dafür sorgen, dass verschiedene gesellschaftliche Minderheiten nicht ausgeschlossen werden und eine Stimme haben.

Zurnal24.si, Ljubljana, 30. Januar 2019

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **Slowenische Regierung beschließt größeres Budget für Grenzschutz**

Am Donnerstag, dem 31. Jänner 2019, beschloss die slowenische Regierung ein spezielles Regierungsprojekt. Ziel ist der Schutz der EU und Schengen Grenze und Bewältigung der Problematik der illegalen Migration. Damit löst die Regierung ihr Versprechen gegenüber der Polizeigewerkschaft ein, die sie Ende 2018 unterschrieben hatte. Dem Innenministerium wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro jährlich bzw. 1,25 Millionen monatlich für entstehende Überstunden bereitgestellt. Die ersten Auszahlungen fanden im Jänner 2019 statt.

STA, Ljubljana, 31. Januar 2019

### **GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung**

#### **Slowenische Maut-Vignette in rosa Farbe**

Ab dem 1. Februar 2019 bis zum 31. Jänner 2020 ist auf den slowenischen Autobahnen und Schnellstraßen nur noch die rosafarbene Vignette gültig. Eine Jahresvignette für Pkws kostet 110 Euro, eine Monatsvignette 30 Euro und eine

Wochenvignette 15 Euro. Die Strafen bei Missachtung der Vignetten-Pflicht belaufen sich zwischen 300 und 500 Euro. Bei LKWs und Bussen (über 3,5 Tonnen) wird eine streckenabhängige Maut erhoben. Hierfür muss jedes Fahrzeug vorab registriert werden und mit einer fahrzeuggebundenen DarsGo-Mautbox ausgestattet sein.

Rtvslo.si, Ljubljana, 1. Februar 2019

## **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

### **EU-Kommission verklagt Slowenien**

Die EU-Kommission hat beschlossen, Slowenien vor dem EU-Gerichtshof zu verklagen. Das Land soll im Rahmen einer kriminalpolizeilichen Ermittlung gegen die Unverletzlichkeit der Europäischen Zentralbank (EZB)-Archive verstoßen haben. 2016 haben slowenische Behörden gegen Angestellte bei der slowenischen Zentralbank ermittelt und Unterlagen sowie auch IT-Hardware der EZB mitgenommen, ohne die Zustimmung der EZB einzuholen. Dagegen wird die EU-Kommission vor Gericht vorgehen.

RTV Slovenija, TV SLO 2, Ljubljana, 31. Januar 2019



## **Prag/Tschechien**

### **GGr. für Kultur und Wissenschaft**

#### **Prag will mehr Kunst im öffentlichen Raum**

Der Architekt Osamu Okamura wurde zum neuen Vorsitzenden der Kommission für Kunst im öffentlichen Raum des Prager Magistrats gewählt. Okamura wird darüber entscheiden, wo im öffentlichen Raum neue Statuen, Denkmäler und andere Kunstwerke errichtet werden sollen. Der Prager Gemeinderat will mit dieser Kommission am Ziel "Zwei Prozent Kunst im öffentlichen Raum" der alten Regierung festhalten. Laut der neuen Stadträtin für Kultur, Hana Třeštíková (Praha Sobě – Prag für sich), ist für dieses Programm eine Probezeit von zwei Jahren vorgesehen.

Prazsky.denik.cz, Prag, 30. Januar 2019

### **GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung**

#### **Plan für Ausbau neuer Gemeindewohnungen**

Der Gemeinderat der Stadt Prag hat das Institut für Stadtplanung und Entwicklung (IPR) mit einem Plan für den Bau neuer Gemeindewohnungen beauftragt. Das Institut soll binnen eines halben Jahres zwei Dokumente ausarbeiten. Eines davon soll eine aktuelle Übersicht der Grundstücke, die die Stadt im Besitz hat, vorlegen. In dem anderen Dokument soll eine Übersicht von Industriebrachen vorgelegt werden, die bebaut werden können. Die neue Stadtregierung verpflichtete sich in ihrer Programmklärung zum Ausbau von Gemeindewohnungen.

Prazsky.denik.cz, Prag, 29. Januar 2019

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **"Airbnb" wird Ortstaxe für Prag einheben**

Der Kurzzeitvermieter "Airbnb" wird höchstwahrscheinlich die Ortstaxe von VermieterInnen für die Stadt Prag einheben. Dies bestätigte Hana Marvanová (Spojené síly pro Prahu – Vereinte Kräfte für Prag), die Stadträtin für Legislative und Wohnen. Im Gegensatz zur derzeitigen Situation wird die Stadt Prag mit dieser Vereinbarung jährlich einige Millionen Tschechische Kronen einnehmen. Die Stadt Prag wünscht sich, dass die gerade im Parlament debattierte landesweite

Regelung für Ortstaxen auf maximal 50 Tschechische Kronen (1,90 Euro) festgelegt wird.

Prazsky.denik.cz, Prag, 31. Januar 2019

## **GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung**

### **Prag wird grüner**

Eines der Ziele der neuen Stadtregierung ist es, Prag grüner zu gestalten. Es sollen eine Million Bäume in der tschechischen Hauptstadt gepflanzt werden. Die GemeindeförsterInnen pflanzten 2018 insgesamt 403.000 Jungbäume in Prag. Darüber informierte die städtische Organisation "Die Wälder der Hauptstadt Prag" (Lesy hl. Města Prahy). Laut der Pressesprecherin der Organisation, Petra Fišerová, wurden in den Prager Wäldern Dubeč und V Panenkách vor allem Buchen, Eichen, Ahorne und Linden gepflanzt.

Prazsky.denik.cz, Prag, 29. Januar 2019

## **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

### **Beamtenviertel: Gespräche zwischen Babiš und Hřib**

Die geplante Beamten-City im Prager Stadtteil Letňany nimmt konkrete Züge an. Premierminister Andrej Babiš (ANO-JA) hat vor, in der Nähe der dortigen U-Bahnstation ein neues Verwaltungsviertel zu bauen. Dorthin sollen 10.000 Beamten, vor allem aus den Ministerien und anderen staatlichen Institutionen im Prager Zentrum, umsiedeln. Die leeren Gebäude im Prager Zentrum, die sich an lukrativen Adressen befinden, könnten in Zukunft verkauft werden. Das Projekt soll 10 Milliarden Tschechische Kronen (388 Millionen Euro) kosten. Laut Babiš könnten diese Kosten durch das Vermieten der frei werdenden Häuser und Paläste, in denen derzeit Beamten arbeiten, schnell zurückgewonnen werden. Die Grundstücke im Stadtteil Letňany befinden sich im Besitz des Prager Magistrats, deshalb trafen sich Premier Babiš und der Prager Oberbürgermeister Hřib (Piraten) zu Gesprächen. Hřib war am Anfang gegen die Entstehung eines solchen "Beamtengettos". Er verlangt nun von der Regierung zahlreiche Investments seitens des Staates: die Fertigstellung der äußeren Prager Umfahrung und den Bau eines Krankenhauses, welches das Universitätskrankenhaus "Bulovka" entlasten und künftig auch ersetzen soll. Außerdem sollen im neuen Viertel 1.500 neue Wohnungen entstehen. Ob Premierminister Babiš einverstanden ist, werden erst künftige Gespräche zeigen.

Prazsky.denik.cz, Prag, 30. Januar 2019

## **Budapest/Ungarn**

### **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

#### **"Audi" einigt sich mit ungarischen Arbeitskräften**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des "Audi"-Werkes im westungarischen Győr bekommen die geforderte Lohnerhöhung. Nach fast einer Woche Streik konnte sich die Gewerkschaft mit der "Audi Hungária Zrt." einigen, sodass die 18-prozentige Gehaltserhöhung für alle Arbeitskräfte gesichert ist. Als weitere Vergünstigung bekommen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mindestens ein freies Wochenende im Monat. Der Streik hat bei "Audi" einige Probleme bereitet, die Produktion im zentralen Werk in Ingolstadt musste deswegen für einige Tage eingestellt werden. Auch einige Niederlassungen von "Volkswagen" haben die Folgen des Streiks gespürt. Die Gewerkschaft hatte bereits seit September 2018 versucht, ihre Forderungen durchzubringen, die Verhandlungen haben bis zum Streik jedoch kein Ergebnis gebracht.

Magyar Idők, Budapest, 1. Februar 2019

### **GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke**

#### **Budapester Fernwärmenetz: 2.000 neue VerbraucherInnen**

Das Fernwärmeleitungsbauprojekt der "Budapester Fernwärmegesellschaft" (Főtáv) in der Innenstadt ist in Verzug. Der Plan musste wegen archäologischen Ausgrabungsarbeiten verändert werden. Deshalb können die Bauarbeiten erst am 15. August 2019 statt am 30. April beendet werden. In Budapest werden 243.000 Wohnungen mit Fernwärme geheizt, 2019 werden 2.000 weitere VerbraucherInnen ins Netz eingebunden. Die Maßnahmen für Energieeffizienz betragen insgesamt etwa 4 Milliarden Forint (12,66 Millionen Euro) und werden zu 50 Prozent aus EU-Fördergeldern verwirklicht. Durch die Maßnahmen wurden bereits mehr als 40 neue hauptstädtische geschäftliche Großverbraucher an die Fernwärme angebunden.

Világgazdaság, Budapest, 31. Januar 2019

## **GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales**

### **Korruption: Ungarn auf Platz 3**

Ungarn wird weiterhin als eines der korruptesten Länder der Europäischen Union betrachtet. Das geht aus dem von der "Transparency International" (TI) jährlich veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) hervor. Im Vergleich zum Vorjahr hat Ungarn um einen Platz "besser" abgeschnitten und ist vom zweiten auf den dritten Platz gewandert. Das korrupteste Land der EU ist Bulgarien, gefolgt von Griechenland. Gleichzeitig sei Ungarn laut der Ergebnisse von "Transparency International" das korrupteste Land in der mitteleuropäischen Region. Innerhalb der Visegrád-Gruppe sei nur in Ungarn das Vertrauen der Öffentlichkeit erschüttert worden. Der Korruptionsindex von TI wird seit 1995 erhoben und vergleicht das wahrgenommene Korruptionsniveau im öffentlichen Sektor in 180 Staaten. Die Rangliste wurde heuer bereits zum 24. Mal veröffentlicht.

Nepszava.hu, Budapest, 29. Januar 2019